

### **Verpflichtungserklärung nach § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)**

Aufgrund Ihrer Aufgabenstellung in der Alternative für Deutschland gilt für Sie das Datengeheimnis nach § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Nach dieser Vorschrift ist es Ihnen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen. Gemäß § 5 BDSG sind Sie verpflichtet, das Datengeheimnis zu wahren. Diese Verpflichtung besteht auch über das Ende Ihrer Tätigkeit in unserer Partei hinaus. Näheres können Sie dem anliegenden **Merkblatt** entnehmen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass Verstöße gegen das Datengeheimnis nach §§ 44, 43 BDSG und anderen Strafvorschriften mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden können. Auch Schadensersatzansprüche können bei einer unbefugten Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten bestehen (z.B. § 7 BDSG). Abschriften der genannten Vorschriften des BDSG (§§ 5, 7 und 44, 43) sind beigelegt. Ihre sich ggf. aus dem Arbeits- bzw. Dienstvertrag oder gesonderten Anweisungen ergebende allgemeine Geheimhaltungsverpflichtung wird durch diese Erklärung nicht berührt.

Bitte bestätigen Sie den Erhalt und die Kenntnisnahme dieser Informationen durch Ihre Unterschrift unter die nachfolgende Bestätigung.

Bestätigung

Über die gesetzlichen Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes wurde ich unterrichtet. Die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen wurden mir mitgeteilt. Meine Verpflichtung auf das Datengeheimnis nach § 5 BDSG habe ich hiermit zur Kenntnis genommen.

### **Nutzungsbedingungen der parteiinternen Kommunikations-Mittel**

Ferner habe ich die Nutzungsbedingungen der parteiinternen Kommunikationsmittel gelesen und erkenne diese an.

\_\_\_\_\_  
Vorname, Name

\_\_\_\_\_  
Mitgliedsnummer

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Wohnort

\_\_\_\_\_  
Telefonnr.

\_\_\_\_\_  
E-Mail Adresse

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Merkblatt zum Datengeheimnis

Das BDSG regelt die Verwendung von personenbezogenen Daten. Dabei ist es grundsätzlich nicht von Belang, ob diese Daten „digital“ (in Datenbanken, Dateien, IT-Systemen / Applikationen etc.) oder „analog“ (Karteikarten, Akten etc.) verwendet werden.

Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person.

Daten über Unternehmen sind grundsätzlich keine personenbezogenen Daten.

Aber Achtung: sofern es sich um Einzelgewerbetreibende, Freiberufler oder eine sog. Ein-Mann-GmbH handelt, ist ein Personenbezug grundsätzlich anzunehmen.

Gehen Sie im Zweifel bei Daten immer davon aus, dass ein Personenbezug vorliegt und fragen Sie bei ihrem Vorgesetzten oder dem Datenschutzbeauftragten nach, wenn Sie unsicher sind, wie Sie mit den Daten umgehen sollen.

Das BDSG unterscheidet verschiedene Verarbeitungsvorgänge bei der Datenverarbeitung:

- |                     |   |
|---------------------|---|
| <b>Erheben:</b>     | ist das Beschaffen von Daten über den Betroffenen                                   |
| <b>Verarbeiten:</b> | ist das Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren oder Löschen von Daten           |
| <b>Nutzen:</b>      | ist jede Verwendung personenbezogener Daten, die nicht Erheben oder Verarbeiten ist |

Nach § 4 Abs. 1 BDSG ist die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten nur zulässig, soweit das BDSG oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaubt oder anordnet oder der Betroffene eingewilligt hat.

Beachten Sie bitte auch, dass personenbezogene Daten grundsätzlich beim Betroffenen zu erheben sind.

Wir fühlen uns dem Grundsatz der Datenvermeidung und Datensparsamkeit (§ 3a BDSG) verpflichtet. Sofern nicht anders angeordnet, tragen Sie bitte Sorge dafür, so wenig personenbezogene Daten wie möglich zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen.

Vielen Dank für Mithilfe

## Auszug aus dem Bundesdatenschutzgesetz:

### § 5 Datengeheimnis

Den bei der Datenverarbeitung beschäftigten Personen ist untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen (Datengeheimnis). Diese Personen sind, soweit sie bei nicht-öffentlichen Stellen beschäftigt werden, bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

### § 7 Schadensersatz

Fügt eine verantwortliche Stelle dem Betroffenen durch eine nach diesem Gesetz oder nach anderen Vorschriften über den Datenschutz unzulässige oder unrichtige Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Daten einen Schaden zu, ist sie oder ihr Träger dem Betroffenen zum Schadensersatz verpflichtet. Die Ersatzpflicht entfällt, soweit die verantwortliche Stelle die nach den Umständen des Falles gebotene Sorgfalt beachtet hat.

### § 43 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4d Abs. 1, auch in Verbindung mit § 4e Satz 2, eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
2. entgegen § 4f Abs. 1 Satz 1 oder 2, jeweils auch in Verbindung mit Satz 3 und 6, einen Beauftragten für den Datenschutz nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bestellt,
- 2a. entgegen § 10 Absatz 4 Satz 3 nicht gewährleistet, dass die Datenübermittlung festgestellt und überprüft werden kann,
- 2b. entgegen § 11 Absatz 2 Satz 2 einen Auftrag nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erteilt oder entgegen § 11 Absatz 2 Satz 4 sich nicht vor Beginn der Datenverarbeitung von der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen überzeugt,
3. entgegen § 28 Abs. 4 Satz 2 den Betroffenen nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig unterrichtet oder nicht sicherstellt, dass der Betroffene Kenntnis erhalten kann,
- 3a. entgegen § 28 Absatz 4 Satz 4 eine strengere Form verlangt,
4. entgegen § 28 Abs. 5 Satz 2 personenbezogene Daten übermittelt oder nutzt,
- 4a. entgegen § 28a Abs. 3 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
5. entgegen § 29 Abs. 2 Satz 3 oder 4 die dort bezeichneten Gründe oder die Art und Weise ihrer glaubhaften Darlegung nicht aufzeichnet,
6. entgegen § 29 Abs. 3 Satz 1 personenbezogene Daten in elektronische oder gedruckte Adress-, Rufnummern-, Branchen- oder vergleichbare Verzeichnisse aufnimmt,
7. entgegen § 29 Abs. 3 Satz 2 die Übernahme von Kennzeichnungen nicht sicherstellt,

- 7a. entgegen § 29 Abs. 6 ein Auskunftsverlangen nicht richtig behandelt,
- 7b. entgegen § 29 Abs. 7 Satz 1 einen Verbraucher nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet,
- 8. entgegen § 33 Abs. 1 den Betroffenen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig benachrichtigt,
- 8a. entgegen § 34 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, entgegen § 34 Absatz 1a, entgegen § 34 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, oder entgegen § 34 Absatz 2 Satz 5, Absatz 3 Satz 1 oder Satz 2 oder Absatz 4 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder entgegen § 34 Absatz 1a Daten nicht speichert,
- 8b. entgegen § 34 Abs. 2 Satz 3 Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,
- 8c. entgegen § 34 Abs. 2 Satz 4 den Betroffenen nicht oder nicht rechtzeitig an die andere Stelle verweist,
- 9. entgegen § 35 Abs. 6 Satz 3 Daten ohne Gegendarstellung übermittelt,
- 10. entgegen § 38 Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 4 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine Maßnahme nicht duldet oder
- 11. einer vollziehbaren Anordnung nach § 38 Abs. 5 Satz 1 zuwiderhandelt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- 1. unbefugt personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, erhebt oder verarbeitet,
- 2. unbefugt personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, zum Abruf mittels automatisierten Verfahrens bereithält,
- 3. unbefugt personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, abrufen oder sich oder einem anderen aus automatisierten Verarbeitungen oder nicht automatisierten Dateien verschafft,
- 4. die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die nicht allgemein zugänglich sind, durch unrichtige Angaben erschleicht,
- 5. entgegen § 16 Abs. 4 Satz 1, § 28 Abs. 5 Satz 1, auch in Verbindung mit § 29 Abs. 4, § 39 Abs. 1 Satz 1 oder § 40 Abs. 1, die übermittelten Daten für andere Zwecke nutzt,
- 5a. entgegen § 28 Absatz 3b den Abschluss eines Vertrages von der Einwilligung des Betroffenen abhängig macht,
- 5b. entgegen § 28 Absatz 4 Satz 1 Daten für Zwecke der Werbung oder der Markt- oder Meinungsforschung verarbeitet oder nutzt,
- 6. entgegen § 30 Absatz 1 Satz 2, § 30a Absatz 3 Satz 3 oder § 40 Absatz 2 Satz 3 ein dort genanntes Merkmal mit einer Einzelangabe zusammenführt oder
- 7. entgegen § 42a Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann im Fall des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro, in den Fällen des Absatzes 2 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reichen die in Satz 1 genannten Beträge hierfür nicht aus, so können sie überschritten werden.

#### **§ 44 Strafvorschriften**

(1) Wer eine in § 43 Abs. 2 bezeichnete vorsätzliche Handlung gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt. Antragsberechtigt sind der Betroffene, die verantwortliche Stelle, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und die Aufsichtsbehörde.

## Nutzungsbedingungen der parteiinternen Kommunikations-Medien

Die Nutzung der vom Landesverband zur Verfügung gestellten Medien und Mittel zur Kommunikation unterliegen den im Folgenden beschriebenen Nutzungsbedingungen.

Die zur Verfügung gestellten Medien/Mittel sind derzeit:

- E-Mail-Account
- Parteiinternes Intranet (afd.online)
- Mitglieder-Foren und andere parteiinterne soziale Medien

### § 1 Allgemein

Grundlage der Kommunikation sind die AfD-Etikette mit den Regeln zum fairen und respektvollen Umgang in der Partei, die Satzungen und Ordnungen der Partei, allgemeine Gesetze und die freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Jeder Nutzer nimmt an der Kommunikation mit seinem erkennbaren Namen teil. Die Teilnahme unter anderem Namen oder Tarnnamen sind grundsätzlich nicht gestattet.

Zweck der parteiinternen Kommunikations-Mittel ist die Diskussion und Information über politischer Inhalte.

### § 2 Datenschutz und Datensicherheit

Jeder Nutzer von parteiinternen Kommunikations-Mittel und -Medien ist zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit verpflichtet.

Der Zugang zu den Kommunikations-Konten (z.B. E-Mail, afd.online) darf nur durch die berechtigte Person selbst erfolgen und muss durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen geschützt sein. Hierzu gehört die Verwendung von sicheren Passwörtern der Konten, aber auch der Schutz der verwendeten Geräte, wie Computer und Smartphone, durch die Installation von Firewall, Virens Scanner und aktuellen Betriebssystemen.

#### (1) Vertraulichkeit

Bezüglich des Datenschutzes der parteiinternen Foren und sonstigen Arbeitsplattformen gilt:

In geschlossene Gruppen eingebrachte vertrauliche Dokumente, Beiträge und Kommentare sind mit der notwendigen Vertraulichkeit des Gremiums zu behandeln, soweit die Autorisation einer weitergehenden - auch parteiinternen - Veröffentlichung nicht vorliegt.

Im Rahmen von Gremien- oder Ausschusstätigkeit erstellte Dokumente und Beiträge dienen der Parteiarbeit und unterliegen keinem individuellem Urheberrecht, sofern nicht - in besonderen Fällen - eine entsprechend gekennzeichnet. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf das Löschen von im Rahmen der Parteiarbeit eingebrachte Dokumente und Beiträge.

## (2) Urheberrechtlich geschützte Inhalte

In parteiinterne Foren oder Arbeitsplattformen von Mitgliedern zur Verfügung gestellte Dokumente und Inhalte können urheberrechtlich geschützte Dateien sein (z. B. Zeitungsartikel). Aus diesem Grunde dürfen diese Dateien nicht anderweitig verwendet, verbreitet oder veröffentlicht werden. Es sei denn, dies ist ausdrücklich gestattet.

## (3) Datenschutz beim Umgang mit Mitgliederdaten

Datenschutz und Datensicherheit sind insbesondere beim Umgang mit personenbezogenen Mitgliederdaten im Sinne des § 3 Absatz 9 Bundesdatenschutzgesetz einzuhalten.

### Administratoren und Mitgliederverwaltung

- a) Der Zugriff und die Nutzung der Mitgliederdaten sind exklusiv auf die aufgrund Geschäftsordnung oder Vorstandsbeschluss zuständigen und berechtigten Personen beschränkt und dient ausschließlich dem Zweck und den berechtigten Angelegenheiten der Partei.
- b) Die nach Buchstabe a) für die Pflege der Mitgliederdaten in der Gliederung verantwortlichen Funktionsträger sind bei der Mitgliederverwaltung namentlich zu hinterlegen.
- c) Für jeden Berechtigten nach Buchstabe a) muss eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung nach § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes beim zuständigen Vorstand und der Landesgeschäftsstelle vorliegen.

### Nutzer der Kommunikations-Medien

- d) Persönliche Daten anderer Nutzer aus den Kommunikations-Medien – z.B. afd.online – sind vertraulich zu behandeln und dürfen nicht ohne Genehmigung des Betroffenen weitergegeben werden.
- e) Die Weitergabe von Anmeldedaten, persönlichen Kennwörtern sowie die gemeinsame Nutzung persönlicher Benutzerkonten ist nicht erlaubt.

## § 3 Regeln der Kommunikation

- a) Rundschreiben/Newsletter sind im geschlossenen Verteiler (BCC) zu halten.
- b) Parteiinterne E-Mail-Verteiler dürfen ausschließlich für den vorgesehenen parteilichen Zweck verwendet werden.
- c) Parteiinterne E-Mail-Kommunikation soll ausschließlich über die parteiinternen E-Mail-Accounts erfolgen.
- d) E-Mail-Versand an einen unspezifischen Empfängerkreis nur mit Zustimmung der adressierten Empfänger.
- e) Der E-Mail-Versand mit verborgenen Empfängern ist als solcher kenntlich zu machen.

- f) Parteiinterne E-Mail-Adressen dienen in der Verwendung ausschließlich dem Zweck und dem Interesse der Partei. Die externe Verwendung und Kommunikation ist ausschließlich den per Satzung, Geschäftsordnung oder Vorstandsbeschluss berechtigten Personen genehmigt.
- g) Hierarchische Kommunikationswege beachten. Ansprechpartner sollte zunächst der niedrigste zuständige Vorstand oder Funktionsträger sein.

## § 4 Unerwünschte Beiträge

In keinem Fall bietet unsere Kommunikations-Medien Platz für:

- a) Beiträge, die inhaltlich gegen die Prinzipien der freiheitliche-demokratischen Grundordnung verstoßen
- b) Beiträge die rassistisch, sexistisch oder in sonstiger Weise diskriminierend sind.
- c) Beiträge, deren Inhalt gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches verstoßen, insbesondere gegen die Vorschriften zum persönlichen Ehrenschutz.
- d) Beiträge oder Verlinkungen von Internetseiten, die Inhalte gemäß a), b) oder c) veröffentlichen.
- e) Beiträge, die gegen die Grundsätze einer fairen und offenen Diskussionskultur verstoßen.
- f) Veröffentlichung oder Weitergabe von Beiträgen anderer Nutzer – ohne deren Einverständnis – an Personen außerhalb der Benutzergruppe, insbesondere außerhalb der Partei.
- g) Werbung oder Spam.

## § 5 Sanktionen bei Regelverstößen

Beiträge, die gegen die oben genannten Regeln verstoßen, werden soweit erforderlich sofort gelöscht und ziehen gegebenenfalls Sanktionen nach sich:

- a) Regelverstöße gemäß Buchstabe § 5a) verletzen die Grundsätze der Partei. Die Admins/Moderatoren setzen den Vorstand IT-Kommunikation in Kenntnis, welcher gehalten ist, dem Landesvorstand zu berichten. Dieser hat den Vorgang unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.
- b) Regelverstöße gemäß Buchstabe § 5b) und § 5c), sowie Verstöße gegen § 2) verletzen die Ordnung der Partei. Der Admins/Moderatoren setzen den Vorstand IT-Kommunikation in Kenntnis, welcher gehalten ist, dem Landesvorstand zu berichten. Dieser hat den Vorgang unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.
- c) Soweit Regelverstöße gemäß Buchstabe § 5e) die Arbeit eines Vorstandes oder Parteigremiums erheblich stören, kann der Landesvorstand über weitere Maßnahmen entscheiden.
- d) Sperren von Nutzern  
Administratoren/Moderatoren können beim geschäftsbereichs-verantwortlichen Landesvorstand die Sperre eines Nutzers beantragen. Der Nutzer wird über das Sperren und dessen Grund informiert. Bei einem geringfügigen erstmaligen Regelverstoß erfolgt eine Ermahnung des Nutzers.



- e) Nutzer können gegen die Sperre/Ermahnung nach Buchstabe d) Einspruch erheben.  
In diesem Falle entscheidet der gesamte Landesvorstand.